

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 08.07.2026, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Strategische Weiterentwicklung des Stadtmarketing, der Wirtschaftsförderung und Organisationsstruktur
Vorlage: 3601/2026
3. Antrag der Bürgerliste: Einrichtung eines geeigneten und würdigen Bestattungsortes für „Sternenkinder“ auf dem Geilenkirchener Friedhof
Vorlage: 3612/2026
4. Antrag der Bürgerliste - Prüfung des Einsatzes Künstlicher Intelligenz in der Kommunalen Verwaltung
Vorlage: 3613/2026
5. Anträge der Fraktionen der Bürgerliste und von Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten auf dem Gelände der Städtischen Realschule Geilenkirchen
Vorlage: 3638/2026
6. Antrag der CDU-Fraktion: Erstellung und Veröffentlichung eines erweiterten Organigramms der Stadtverwaltung Geilenkirchen
Vorlage: 3611/2026
7. Antrag der CDU Fraktion zur Wiederaufnahme von Beerdigungen und standesamtlichen Trauungen an Samstagen
Vorlage: 3634/2026
8. Antrag der AFD Fraktion zur Einrichtung von Bewohnerparken im Bereich Hermann-Josef-Straße
Vorlage: 3635/2026
9. Sachstand Jahresabschluss 2025
Vorlage: 3626/2026
10. Erlass einer Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Geilenkirchen für städtische Asylbewerber- und Obdachlosenunterkünfte
Vorlage: 3614/2026
11. Strategische Ausrichtung der künftigen Haushaltsplanung, Vorbereitung einer Priorisierungsliste für Investitionsmaßnahmen
Vorlage: 3615/2026
12. Beschlussfassung über die Auszahlung der Vereinszuschüsse für das Jahr 2026
Vorlage: 3627/2026
13. Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: 3636/2026

14. Beratung über das Ergebnis der Einwohnerversammlung vom 11.05.2026 und Verabschiedung der Entwurfsplanung zum Ausbau der Martin-Heyden-Straße
Vorlage: 3629/2026
15. Information über das Ergebnis der Einwohnerversammlung am 06.05.2026 bezüglich einer Umnutzung der St. Johann Baptist Kirche Hünshoven zu einer Pflegeschule
Vorlage: 3631/2026
16. Verabschiedung eines Integrierten Vorreiterkonzeptes Klimaschutz
Vorlage: 3606/2026
17. Befreiung von den Festsetzungen des B-Plans Nr. 124 hinsichtlich der festgesetzten Geschossigkeit
Vorlage: 3602/2026
18. Beschlussfassung über die Durchführung geförderter Baumaßnahmen nach Änderung der Förderrichtlinie
Vorlage: 3639/2026
19. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
20. Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Dr. Armin Leon

Mitglieder

2. Daniel Bani-Shoraka
3. Cornelia Banzet
4. Marko Banzet
5. Maria Beaujean
6. Maja Bintakys-Heinrichs
7. Sabine Bock
8. Henner Bolten
9. Karola Brandt
10. Stefan Coenen
11. Karl-Peter Conrads
12. Sybilla Deffur-Schwarz
13. Markus Diederer
14. Ronny Fischer
15. Patric Horst Franken
16. Franz-Peter Fröschen
17. Ingo Helf
18. Christina Hennen
19. Jürgen-Josef Hutmacher
20. Gregor Janßen
21. Michael Kappes
22. Mario Karner
23. Stefan Kassel
24. Robert Kauhl
25. Wilfried Kleinen

26. Dirk Kochs
27. Willi Münchs
28. Hans-Josef Paulus
29. Jan Pioch
30. Christine Reichel
31. Gero Ronneberger
32. Wilfried Savelsberg
33. Manfred Schumacher
34. Barbara Slupik
35. Lars Speuser
36. Ruth Thelen
37. Manfred Theves
38. Max Weiler
39. Dennis Weyand

von der Verwaltung

40. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
41. Joachim Grünewald
42. Christina Kamphausen
43. Christoph Nilles
44. Beigeordneter Stephan Scholz

Entschuldigt:

Mitglieder

45. Hans-Jürgen Benden
46. Marina Grund
47. Wilhelmus Joseph Marie Hodselmans
48. Hubert Laumen
49. Sebastian Peter-Schreiter
50. Adolf Matthias Voßenkaul

Bürgermeister Dr. Leon eröffnete die 7. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 08.07.2026 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung vom 30.06.2026 form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 6. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 12.05.2026 habe es nicht gegeben.

Für die Sitzung entschuldigt hatten sich die Stadtverordneten Grund, Laumen, Hodselmans, Peter-Schreiter, Benden und Voßenkaul. Bürgermeister Dr. Leon stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Er erklärte, dass die Stadtverordneten bereits mit E-Mail vom 06.07.2026 bzw. 07.07.2026 darüber informiert worden seien, dass die Verwaltung die Tagesordnung um die Themen „Neubau Feuerwehrgerätehaus Teveren - Vertragskündigung und Neuvergabe der Fassadenbauarbeiten“ als Tagesordnungspunkt 24.7 sowie „Neubestellung der Leitung des Jugend- und Sozialamtes“ als Tagesordnungspunkt 25.2 erweitern wolle. Es wurde über die Änderung der Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Dr. Leon wies auf die Gesundheitsinitiative „Fit im Kreis“ des Kreises Heinsberg und der Kreissparkasse Heinsberg hin, die gemeinsam mit zahlreichen regionalen Partnern und mit Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt werde. Ziel der Initiative sei es, Menschen jeden Alters zu mehr Bewegung im Alltag zu motivieren, die Gesundheit nachhaltig zu fördern und den Gemeinschaftsgedanken zu stärken. Neben verschiedenen Bewegungsangeboten finde ein kreisweiter, kostenfreier Gesundheitswettbewerb statt, bei dem jede Form der körperlichen Aktivität gewertet werde. Die aktivsten Teams würden im Dezember 2026 ausgezeichnet. In diesem Rahmen lade die Initiative zur Veranstaltung „Fit im Kreis LIVE“ am 16. Juli 2026 um 17:30 Uhr in die Festhalle Oberbruch ein. Dort würden unter anderem der Fernseharzt Doc Esser sowie die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen, Andrea Milz, erwartet. Darüber hinaus würden verschiedene Gesundheits- und Bewegungsangebote aus den Kommunen und Vereinen des Kreises Heinsberg vorgestellt. Die Teilnahme an der Veranstaltung sei kostenfrei; eine vorherige Ticketreservierung sei erforderlich. Weitere Informationen seien auf der Homepage der Stadt sowie auf der Internetseite von „Fit im Kreis“ verfügbar.

Darüber hinaus teilte er mit, dass es der Verwaltung nach mehreren erfolglosen Versuchen gelungen sei, die Entsorgung von Alttextilien über Sammelcontainer neu zu regeln. Nach erfolgter Ausschreibung werde das Unternehmen K & K Textilrecycling ab dem 1. August die Sammlung übernehmen und auf den insgesamt 26 vom Rat festgelegten Standorten Sammelcontainer aufstellen.

Zuletzt informierte er, dass der Ratssaal während der Sommerpause umgebaut und modernisiert werde. Bei der Umsetzung werde besonderer Wert auf eine wirtschaftliche und kostenbewusste Ausführung der Maßnahmen gelegt. Zudem würden energetische Aspekte berücksichtigt. Die alten Möbel sollen im Rahmen eines Schulprojekts von Schülerinnen und Schülern wiederaufbereitet werden.

TOP 2 Strategische Weiterentwicklung des Stadtmarketing, der Wirtschaftsförderung und Organisationsstruktur

3601/2026

Die Fraktion Bürgerliste bat darum, die Anregungen aus der Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung einzubeziehen, bspw. die Punkte Bürgerbeteiligung, Tourismus sowie die Außenorte. Zudem solle sich die Verwaltung hinsichtlich einer potenziellen Stadtmarketing GmbH mit anderen Kommunen austauschen.

Es folgte eine kurze inhaltliche Debatte über die Notwendigkeit des Punktes Umnutzung des Leerstandes. Auf Nachfrage der Bürgerliste, ob das hierfür vorgesehene Förderprogramm des Bundes in Geilenkirchen genutzt werden könnte, antwortete die Verwaltung, grundsätzlich sei dies möglich; allerdings müsste man in Kerngebieten von Gewerbegebieten den Bebauungsplan entsprechend ändern, da Wohnbebauung andernfalls nicht möglich sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen nimmt die dargestellten strategischen Ansätze zur Weiterentwicklung der vier Säulen als Grundausrichtung des Stadtmarketings und der Wirtschaftsförderung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die beschriebenen Handlungsfelder schrittweise weiter auszuarbeiten und in konkrete Maßnahmen- und Umsetzungskonzepte zu überführen. Hierbei werden insbesondere die Anregungen aus der Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung einbezogen. Außerdem soll ein Vorschlag über die mögliche Organisationsform dieser Arbeitseinheit vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Antrag der Bürgerliste: Einrichtung eines geeigneten und würdigen Bestattungsortes für „Sternenkinder“ auf dem Geilenkirchener Friedhof

3612/2026

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. einen geeigneten Standort auf einem Friedhof im Stadtgebiet Geilenkirchen für einen Sternenkinder-Bestattungs- und Erinnerungsort zu prüfen,
2. ein Konzept für eine würdevolle Gestaltung vorzulegen,
3. mögliche Kosten, Fördermöglichkeiten und Kooperationspartner darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 4 Antrag der Bürgerliste - Prüfung des Einsatzes Künstlicher Intelligenz in der Kommunalen Verwaltung

3613/2026

Die Fraktion Bürgerliste zog ihren Antrag an der Stelle zurück. Sie wolle der Verwaltung zunächst die Möglichkeit geben, sich eingehender mit der Thematik zu beschäftigen und später hierauf zurückkommen.

TOP 5 Anträge der Fraktionen der Bürgerliste und von Bündnis 90/Die Grünen zur Verbesserung der Bewegungs- und Sportmöglichkeiten auf dem Gelände der Städtischen Realschule Geilenkirchen

3638/2026

Bündnis 90/Die Grünen meinte, ihr Beschlussvorschlag sei der weitergehende und daher solle zunächst über diesen abgestimmt werden. Kinder und Jugendliche hätten höchste Priorität, bestehende Defizite an der Realschule müssten zeitnah behoben werden. Der vollständig versiegelte Parkplatz sei kein angemessener Schulhof. Aufgrund der im Schulentwicklungsplan ausgewiesenen steigenden Schülerzahlen befürchte die Fraktion Einschränkungen beim Sportunterricht. Die notwendigen Haushaltsmittel müssten kurzfristig bereitgestellt werden. Dabei dürfe man sich nicht auf Fördermittel verlassen, denn es bestehe die reale Gefahr, diese nicht zu erhalten.

Die Verwaltung erklärte, die Ergebnisse des Workshops, in dem alle Schulen Wünsche und Bedarfe mitteilen konnten, würden noch nicht vorliegen. Mit dem Beschlussvorschlag der

Fraktion würde die Maßnahme an der Realschule vorgezogen werden. Maßnahmen an anderen Schulen würden zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Aktuell könne noch keine Entscheidung über den Haushaltsentwurf 2026 getroffen werden. Die Verwaltung schlug vor, sie stattdessen zu beauftragen, die erforderlichen Mittel im Haushaltsentwurf einzuplanen. Grundsätzlich betrachte die Verwaltung als Schulträger sämtliche Schulen und wisse um die bestehenden Handlungsbedarfe.

Die Bürgerliste sagte, der Schwerpunkt des Workshops sei die Entwicklung von Referenzräumen gewesen, während der Außenbereich nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Eine Bevorzugung der Realschule werde nicht angestrebt; vielmehr solle ein angemessener Standard hergestellt werden. Bewegung habe einen enorm hohen Stellenwert bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie für ihre langfristige Gesundheit. Man fragte, weshalb angekündigte Landesmittel bislang nicht für die Maßnahme eingesetzt worden seien.

Die CDU bestätigte, Kinder und Jugendliche seien die Zukunft der Stadt und Bewegung ein wesentlicher Bestandteil ihrer gesundheitlichen Entwicklung. Problematisch sei jedoch die Bevorzugung einer einzelnen Schule, während andere Schulstandorte unberücksichtigt blieben, obwohl ebenfalls Bedarfe bestünden. Man sollte zunächst die Ergebnisse des Workshops abwarten, die Bedarfe aller Schulen erfassen und auf dieser Grundlage ein Gesamtkonzept mit einer Priorisierung der Maßnahmen erstellen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob zwei getrennte Schulhöfe sinnvoll seien.

Bündnis 90/Die Grünen meinte, grundsätzlich befürworte man ein Konzept für alle Schulen, um Schulgerechtigkeit und den Schulfrieden zu wahren. In der Realschule bestehe aufgrund des vollständig versiegelten Schulhofs jedoch eine Notlage. Dies stelle keine ungerechtfertigte Bevorzugung dar. Der finanzielle Aufwand sei im Verhältnis überschaubar.

Die SPD erklärte, die Realschule habe die größte Zuwachsrate und sei die einzige Schule, die infolge des Hochwassers ihre Außensportflächen vollständig verloren habe. Ein Gesamtkonzept für alle Schulen befürwortete man; die besondere Notlage der Realschule rechtfertige jedoch ein zeitnahes Vorgehen.

Die Verwaltung sagte, es bestehe Einigkeit darüber, dass gehandelt werden müsse. Dennoch könne unabhängig von einem Gesamtkonzept frühestens 2027 mit entsprechenden Maßnahmen begonnen werden. An dieser Stelle könne die Verwaltung lediglich vorbereitend tätig werden und sich etwa über passende Förderprogramme informieren.

Bündnis 90/Die Grünen betonte, über die Mittel des Sondervermögens für Bildung und Betreuungsstrukturen sei bislang nicht im zuständigen Fachausschuss beraten worden. Angesichts der vorgesehenen Mittel für die Dreifeldturnhalle stelle sich die Frage, für welche Maßnahmen das restliche Budget überhaupt reiche. Ziel des Workshops sei im Übrigen nicht die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts, sondern die Einrichtung eines Referenzraums gewesen. Grundsätzlich leite jede Schule ihre individuellen Bedarfe ohnehin an die Verwaltung weiter. Die politische Priorisierung obliege anschließend dem Rat. Die Realschule könne aufgrund ihrer Schülerzahl zudem nicht mit kleinen Grundschulen verglichen werden.

Die CDU erklärte, die Sanierung der Dreifeldturnhalle komme nicht ausschließlich einer Schule zugute, sondern stehe auch den örtlichen Vereinen und damit allen sporttreibenden Kindern und Jugendlichen zur Verfügung.

Die Verwaltung informierte, die Hintergründe zur Verwendung des Sondervermögens seien bereits erläutert worden und würden im späteren Tagesordnungspunkt zur alternativen Finanzierung der Dreifeldturnhalle nochmals dargestellt. Ausschlaggebend für diesen Verwaltungsvorschlag seien insbesondere die ausbleibende Förderung des Rheinischen Reviers, die hohen Energiekosten sowie der bestehende Sanierungsbedarf gewesen. Die Priorisierung weiterer Maßnahmen aus dem Sondervermögen werde im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen, in denen der Rat grundsätzlich über die Bereitstellung zusätzlicher Mittel beispielsweise für den Bildungsbereich oder die Feuerwehr beschließen könne.

Stadtverordneter Kleinen stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte. Es gab keine Wortmeldungen für oder gegen den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	1

Einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Planung und Umsetzung eines niedrighschwelligen Bewegungsparcours sowie einer kleinen Außensportanlage auf dem Gelände der Städtischen Realschule Geilenkirchen beauftragt. Die Außensportanlage soll insbesondere eine Tartanfläche mit Bewegungs- und Spielangeboten wie einem Kleinspielfeld mit Toren sowie Basketballkörben umfassen und für den Schulbetrieb, die OGS und Pausenzeiten genutzt werden können.

Die entsprechend erforderlichen Haushaltsmittel werden im nächsten Haushaltsentwurf bereitgestellt. Daneben sind mögliche Förderprogramme sowie Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und dem zuständigen Fachausschuss ein Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 6 Antrag der CDU-Fraktion: Erstellung und Veröffentlichung eines erweiterten Organigramms der Stadtverwaltung Geilenkirchen

3611/2026

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein vollständiges und übersichtliches Organigramm der Stadtverwaltung zu erstellen und den politischen Gremien zur Verfügung zu stellen.

Das Organigramm soll insbesondere enthalten:

1. die Verwaltungsstruktur mit allen Ämtern, Fachbereichen und Einrichtungen,
2. die jeweiligen Zuständigkeiten und verantwortlichen Personen,
3. die Vorgesetztenstruktur,
4. eine gesonderte Übersicht der städtischen Kindertagesstätten mit Leitungen,
5. eine regelmäßige Aktualisierung des Organigramms.

Das aktualisierte Organigramm soll erstmals in der Stadtratssitzung am 30.09.2026 eingebracht und künftig regelmäßig aktualisiert werden, damit personelle und organisatorische Entwicklungen frühzeitig in die Haushaltsberatungen des Folgejahres einfließen können.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 7 Antrag der CDU Fraktion zur Wiederaufnahme von Beerdigungen und standesamtlichen Trauungen an Samstagen

3634/2026

Die SPD-Fraktion erklärte, die Umsetzung sei wünschenswert, allerdings würden die Kosten dadurch erheblich steigen. Daher lehne man den Antrag ab. Darüber hinaus gebe es bereits standesamtliche Trauungen an Samstagen.

Die CDU meinte, zusätzliche Stunden der Mitarbeiter würden über ein Stundenkonto abgerechnet und hätten nicht unmittelbar Mehrkosten zur Folge. Das Angebot sei insbesondere zur Begleitung Angehöriger auf ihrem letzten Weg wünschenswert. Sollten Mehrkosten entstehen, könnten diese den Nutzern des Angebots in Rechnung gestellt werden.

Die SPD-Fraktion befürworte den Vorschlag, die Kostentragung durch die Nutzer des Angebots im Beschlussvorschlag zu ergänzen. Hierfür müssten allerdings die Kosten zunächst kalkuliert werden. Die Verwaltung sollte dies prüfen.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwiderte, die Kostentragung durch die Nutzer sei sozial unverträglich. Zudem könnte es Probleme bei Personalengpässen oder hinsichtlich der Bereitschaft der Mitarbeiter zur Wochenendarbeit geben.

Die CDU meinte, dann müsste die Stadt alle Gebührensatzungen überarbeiten. Es würden bspw. auch für unterschiedliche Grabarten unterschiedlich hohe Kosten entstehen, die individuell abgerechnet würden. So sollte es sich auch mit der Nutzung des Wochenendangebots verhalten. Zudem sollten Personalerwägungen nicht ausschlaggebend für den heutigen Beschluss über das Angebot für die Bevölkerung sein.

Nach kurzer Diskussion über die notwendige Kalkulation einigte man sich darauf, im Beschlussvorschlag den Zusatz „zu schaffen“ zu streichen. Daraufhin wurde diskutiert, ob der Beschluss über das Angebot, Beerdigungen und Trauungen an Samstagen anzubieten, erst nach Vorlage einer Kalkulation erfolgen könne. Letztlich wurde die Änderung des Beschlussvorschlags beibehalten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beauftragt die Verwaltung, die organisatorischen und personellen Voraussetzungen (keine Neueinstellungen) zu prüfen, damit künftig wieder sowohl Beerdigungen auf den städtischen Friedhöfen als auch standesamtliche Trauungen an Samstagen angeboten werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	28
Nein:	11
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 8 Antrag der AFD Fraktion zur Einrichtung von Bewohnerparken im Bereich Hermann-Josef-Straße

3635/2026

Die AfD-Fraktion betonte die Notwendigkeit zur Einrichtung von Bewohnerparkplätzen. Man wolle über die Einrichtung abstimmen.

Die Verwaltung erklärte, der weitergehende Beschlussvorschlag der Verwaltung laute, die Situation solle zunächst beobachtet und aktuell keine Beschlüsse gefasst werden.

Beschluss:

Die Situation vor Ort wird insbesondere nach dem Betriebsbeginn der Pflegeschule beobachtet, um bei Bedarf weitere Maßnahmen vorzunehmen. Aktuell sind keine weiteren Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	2
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 9 Sachstand Jahresabschluss 2025

3626/2026

Zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Erlass einer Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Geilenkirchen für städtische Asylbewerber- und Obdachlosenunterkünfte

3614/2026

Beschluss:

1. Die Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Geilenkirchen für städtische Asylbewerber- und Obdachlosenunterkünfte wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Satzung tritt am 01.10.2026 in Kraft.
3. Die Satzung wird öffentlich bekannt gemacht.
4. Mit Inkrafttreten dieser Satzung treten etwaige entgegenstehende Regelungen zur Erhebung von Benutzungsgebühren für Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 11 Strategische Ausrichtung der künftigen Haushaltsplanung, Vorbereitung einer Priorisierungsliste für Investitionsmaßnahmen

3615/2026

Beschluss:

1. Die Informationen zum weiteren Vorgehen zur strategischen Haushaltskonsolidierung werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt einen konkreten Maßnahmenkatalog zu erarbeiten und zweimal im Jahr über den Stand des Prozesses zu informieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Priorisierungsliste der Investitionsmaßnahmen zu erarbeiten und dem Rat zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 12 Beschlussfassung über die Auszahlung der Vereinszuschüsse für das Jahr 2026

3627/2026

Der erste stellvertretende Bürgermeister Weiler übernahm aufgrund der Befangenheit des Bürgermeisters die Leitung dieses Tagesordnungspunktes. Bürgermeister Dr. Leon und die befangenen Stadtverordneten Kappes, Coenen, Diederer, Bock, Münchs, Helf und Franken verließen während der Beratung und Abstimmung den Sitzungssaal und kehrten im Anschluss an ihre Plätze zurück.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Auszahlung der Vereinszuschüsse entsprechend der beigefügten Tabelle.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 13 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2026

3636/2026

Beschluss:

Die außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 14 Beratung über das Ergebnis der Einwohnerversammlung vom 11.05.2026 und Verabschiedung der Entwurfsplanung zum Ausbau der Martin-Heyden-Straße

3629/2026

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnte die Planung ab, da diese auf motorisierten Individualverkehr abziele. Zudem fragte man, wie die abschnittsweise Tempo-30-Regelung ausgestaltet werde.

Die Verwaltung antwortete, in den Abschnitten Kindergarten, Schule und Krankenhaus solle jeweils eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gelten. Es folgte eine Diskussion über die aktuelle Beschilderung und die zulässige Höchstgeschwindigkeit.

Auf die Frage der CDU, ob stärkere Stromleitungen für die Zukunft eingeplant seien, antwortete die Verwaltung, man werde die Versorgungsträger frühzeitig sensibilisieren und prüfen, ob stärkere Leitungen verlegt werden könnten. Andernfalls würden Leerrohre verlegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen nimmt die Niederschrift über das Ergebnis der Einwohnerversammlung zur Kenntnis und beschließt die vorliegende Ausbauplanung. Die Verwaltung wird mit der weiteren Vorbereitung der Maßnahmenausführung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	5
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 15 Information über das Ergebnis der Einwohnerversammlung am 06.05.2026 bezüglich einer Umnutzung der St. Johann Baptist Kirche Hünshoven zu einer Pflegeschule

3631/2026

Zur Kenntnis genommen.

TOP 16 Verabschiedung eines Integrierten Vorreiterkonzeptes Klimaschutz

3606/2026

Die AfD-Fraktion informierte, wie bereits bei den Vorberatungen im Ausschuss mitgeteilt, könne man der Verabschiedung nicht zustimmen, da der Haushalt durch die Maßnahmen zusätzlich belastet werde.

Die Bürgerliste erklärte, die Verwaltung habe ihre umfangreichen Änderungswünsche umgesetzt. Dementsprechend würde die Fraktion heute zustimmen.

Beschluss:

Dem Berichtsentwurf „Integriertes Klimaschutz-Vorreiterkonzept Geilenkirchen“ mit den im Fachausschuss beschlossenen Änderungen wird zugestimmt und somit das „Integrierte Klimaschutz-Vorreiterkonzept“ mit Stand 01.07.2026 für die Stadt Geilenkirchen verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	2
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 17 Befreiung von den Festsetzungen des B-Plans Nr. 124 hinsichtlich der festgesetzten Geschossigkeit

3602/2026

Beschluss:

Von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 124 der Stadt Geilenkirchen, wird hinsichtlich der Festsetzung, dass Nicht-Vollgeschosse allseitig um mindestens 1 m von dem darunterliegenden Vollgeschoss zurücktreten müssen, befreit.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 18 Beschlussfassung über die Durchführung geförderter Baumaßnahmen nach Änderung der Förderrichtlinie

3639/2026

Bündnis 90/Die Grünen fragte, ob das gesamte Budget, sofern politisch gewünscht, in Bildung investiert werden könne. Im Gesetz stehe, dass die Investitionsmittel zu 50 % für Bildung und Betreuung, zu 20 % für die energetische Sanierung von Liegenschaften und zu 30 % für digitale Resilienz und Sportinfrastruktur genutzt werden sollten. Von diesen prozentualen Vorgaben könne abgewichen werden, wenn keine anderen Bedarfe bestünden. Man sei dennoch skeptisch. Insgesamt befürworte man jedoch, dass die Sanierung der Dreifeldturnhalle nun im Fokus stehe.

Die Verwaltung erklärte, das Land habe formell festgelegt, wie viel des Budgets für welche Bereiche genutzt werden dürfe. Unter Berücksichtigung des Gesamthaushalts werde man jedoch Lösungen finden, die Gelder entsprechend zu verwenden.

Die CDU meinte, durch die Sanierung könne man viel Energie einsparen.

Die SPD erklärte, man müsse mit den aktuellen Gegebenheiten hinsichtlich der Fördermittel umgehen, und fragte, ob die zurückgestellten Sanierungsmaßnahmen nachgeholt werden könnten, falls später wieder Fördermittel zur Verfügung stünden. Die Verwaltung bestätigte dies.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt, dass sowohl die energetische Sanierung des Bauteils D an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, als auch die Sanierung der Dreifeldturnhalle am Schul- und Sportzentrum Bauchem durchgeführt werden sollen.
2. Die individuell zugewiesenen Fördermittel aus dem Programm „Energetische Sanierung kommunaler Gebäude im Rheinischen Revier“ werden für die energetische Sanierung des Bauteils D an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule verwendet.
3. Für die Sanierung der Dreifeldturnhalle am Schul- und Sportzentrum Bauchem erarbeitet die Verwaltung eine Alternativlösung unter Verwendung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten sowie unter Anpassung des Projekts.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	39
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 19 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Stadtverordneter Schumacher fragte, ob die Verwaltung die Gefahrenstelle durch Wurzelwerk am Niederheider Weg in Bauchem beseitigen und die Bäume ggf. durch kleinere Bäume mit geringerem Wurzelwachstum ersetzen könne.

Die Verwaltung antwortete, die Gefahrenstelle sei bereits behoben. Man werde prüfen, welche Alternativen in Betracht kommen.

Stadtverordnete Brandt fragte, was die Stadt bereits für den Hitzeschutz getan habe, wies auf den defekten Wasserspender hin und fragte, wieso das Schwimmbad am vergangenen Wochenende geschlossen gewesen sei.

Die Verwaltung erklärte, der Wasserspender sei repariert worden. Das Schwimmbad sei geschlossen gewesen, da sich kein Bewerber für die ausgeschriebene Stelle gefunden habe. Über dieses Thema berate man zurzeit auch in der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister. Die Kommunen seien verpflichtet, Klimafolgenanpassungsmanager einzusetzen, die unter anderem auch für den Bereich Hitze zuständig seien.

Stadtverordnete Bock fragte, ob die Stadt das unsachgemäße Wegwerfen von Zigarettenstümmeln ahnden könne. Weiterhin fragte sie, ob das Grün am Radweg an der Quimperléstraße zurückgeschnitten werden könne.

Die Verwaltung erklärte, das unsachgemäße Wegwerfen von Zigarettenstümmeln werde bereits geahndet, sofern der Verursacher bekannt sei. Hinsichtlich des Grünschnitts werde man prüfen, wer der Eigentümer sei. Sollte es sich nicht um eine städtische Fläche handeln, werde das Ordnungsamt tätig.

Stadtverordneter Bani-Shoraka fragte, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es neben dem Fällen Alternativen im Umgang mit Bäumen gebe, die ein Sicherheitsrisiko darstellten.

Die Verwaltung antwortete, dass Alternativen immer geprüft würden und das Fällen das letzte Mittel sei.

Stadtverordneter Franken fragte, ob man PV-Anlagen mit Klimaanlage in Schulen koppeln könne, um Kurzstunden und Hitzefrei zu vermeiden.

Die Verwaltung antwortete, sie werde das Thema prüfen.

Stadtverordneter Hutmacher fragte, ob das Parkhaus am Krankenhaus aufgestockt werden könne. Die aktuelle Parksituation sei katastrophal.

Die Verwaltung antwortete, man betrachte aktuell den gesamten Parkraum im Stadtgebiet.

Stadtverordnete Hennen fragte nach dem Sachstand zum Informationssystem für den Hitzeschutz. Hierzu habe es damals einen Antrag gegeben, der in Bearbeitung gewesen sei. Weiterhin erklärte sie, dass es am Zebrastreifen an der Konrad-Adenauer-Straße eine Gefahrenstelle für Schüler gebe, und fragte, was die Verwaltung hier tun könne.

Die Verwaltung erklärte, sie werde den Sachstand zum Informationssystem prüfen. Daneben bestehe objektiv keine Gefährdungslage an dem genannten Zebrastreifen. Das Wohnmobil, dessen Parksituation häufig kritisiert werde, parke ordnungsgemäß und rechtmäßig. Dies sei häufiger in den sozialen Medien thematisiert worden. Während der Hol- und Bringzeiten bestehe ein erhöhtes Verkehrsaufkommen. Hier müsse bei den Eltern darauf hingewirkt werden, sich ordnungsgemäß zu verhalten. Dies würden die Schulen bereits tun. Zudem gebe es Überlegungen hinsichtlich der Einrichtung einer Einbahnstraße.

Stadtverordnete Brandt ergänzte, früher habe es Schülerlotsen aus einer Elterninitiative bzw. dem Förderverein gegeben. Dies könnte eine Alternative sein.

Stadtverordneter Bolten erinnerte erneut an den Rückschnitt am Heinrich-Zille-Weg. Es handle sich um ein städtisches Grundstück. Er fragte, wann die Stadt den Rückschnitt vornehmen könne.

Die Stadtverordneten Ronneberger und Kochs ergänzten die Anfrage um den Herrweg in Teveren.

Die Verwaltung sagte zu, den Rückschnitt vorzunehmen.

TOP 20 Fragestunde für Einwohner

Eine Bürgerin fragte, ob die Verwaltung die Aufstellung eines weiteren Altglascontainers in Hünshoven prüfen könne. Die drei bestehenden Container seien regelmäßig überfüllt und würden eine Gefährdung – insbesondere für Kinder und Tiere – darstellen.

Die Verwaltung erklärte, dass sie das prüfen werde.

Die Sitzung endete um 20:35 Uhr.

Vorsitzender

Christina Kamphausen

Dr. Armin Leon
Bürgermeister

Schriftführerin